Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Medienentwicklungsplanung für die Schulen der Gemeinde Marienheide

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Schulausschuss				11.06.02
Haupt- und Finanzausschuss				25.06.02
Rat der Gemeinde				09.07.02

Finanzielle Auswirkungen: Ja

Ausgaben	Vermögenshaushalt	HhSt.:	Betrag:
----------	-------------------	--------	---------

Nähere Erläuterungen: Siehe Sachverhalt

Sachverhalt:

Mit Beschlussvorlage vom 12.10.2001 (**Drucksache Nr. 0220/01**) ist dargestellt worden, dass die sog. neuen Medien völlig neue und grundlegende Anforderungen an die Qualifizierung von Schülern stellen. Diese Entwicklung verpflichtet die Schulträger, erhebliche Kosten zur Ausstattung der Schulen für das Lernen mit neuen Medien aufzuwenden. Die Finanzierung des von der Bundes- und Landesregierung forcierten Vorhabens, die Medien-/IT-Kompetenz der Schüler deutlich zu verbessern, wird zwar vom Land mit Zuweisungen unterstützt, bleibt jedoch zum überwiegenden Teil in der Verpflichtung der Kommunen.

Um die erforderlichen Planungs- und Investitionsgrundlagen zu erhalten, ist gem. den Erlassen des Landes ein Medienentwicklungsplan zu erstellen. Der Auftrag hierfür wurde an die GKD Siegburg vergeben. Eine Ausfertigung des erarbeiteten Plans ist als Anlage beigefügt.

Der Plan stellt den mittelfristigen Investitionsbedarf dar (Zusammenfassung S. 84). Für die nächsten fünf Jahre ergibt sich insgesamt ein Mittelbedarf von 1 085 108 €. Somit wären jährlich rd. 200 000 € aufzuwenden. In dieser Summe ist noch nicht der jährliche Reinvestitionsaufwand enthalten. Bei einem Innovationszyklus von vier bis fünf Jahren wären pro Jahr noch rd. 100 000 € hinzuzurechnen, sodass sich ein Investitionsbedarf von ins-

gesamt rd. 300 000 € ergeben würde. Nach der derzeitigen Beschlusslage steht dieser Summe ein jährlicher Mittelansatz von 50 000 € gegenüber.

Bei der Bedarfsfeststellung durch den Consulter in Verbindung mit den Schulen wurde von Größenordnungen ausgegangen, die realistisch sind und im unteren Bereich liegen. Danach sollen in allen Klassen Medienecken mit jeweils drei PCs eingerichtet werden. In den Fachräumen ist in der Regel ein PC vorgesehen. Bei der Gesamtschule wurden die zwei vorhandenen Informatikräume mit insgesamt 23 Arbeitsplätzen berücksichtigt. Dies ergibt 82 Arbeitsplätze im Schulstandort Leppestraße, 36 in Müllenbach und 208 bei der Gesamtschule, insgesamt 326 PC-Arbeitsplätze (einschl. Schulverwaltung). Diese Zahl zeigt, dass hier ganz andere Größenordnungen vorliegen als im Rathaus (57 Arbeitsplätze). Sie schafft auch einen gewissen Relationswert zu den bisher für die DV im Rathaus aufzuwendenden Beträge. Wobei sicherlich nicht verkannt werden darf, dass im Rathaus erhebliche Kosten für die teuren DV-Verfahren zu bezahlen sind. Die Arbeitsplätze müssen vernetzt werden. Dies erfordert den Ausbau eines umfangreichen DV-Netzes mit den notwendigen Hard- und Software-Komponenten. Ferner muss das Elektro-Netz angepasst bzw. erweitert werden.

Die langfristige Zielplanung des Bundes und des Landes geht davon aus, die Zahl der PC-Arbeitsplätze in den Schulen deutlich zu erhöhen. Damit dürfte auch eine geänderte didaktische Vermittlung des schulischen Unterrichtsstoffs verbunden sein. Nach heutiger Beurteilung wird es den Schulträgern nicht möglich sein, diese weiteren Kosten alleine zu tragen.

Schon die mittelfristige Kostenentwicklung erreicht Größenordnungen, die die äußerst angespannte Finanzlage der Gemeinde zusätzlich erheblich belastet. Dies könnte auf den ersten Blick gesehen zu der Überlegung führen, sich im Hinblick auf die Konsolidierung des gemeindlichen Haushalts bei den Investitionen für das Lernen mit neuen Medien zurückzuhalten. Bei näherem Hinsehen muss allerdings erkannt werden, dass die Schüler der Marienheide Schulen damit bezüglich der Medienkompetenz, die für ihre weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein wird, erhebliche Defizite hinnehmen müssten. Insbesondere die Attraktivität der Gesamtschule würde darunter leiden. Dies führte vermutlich zu einem spürbaren Rückgang der Schülerzahlen. Bei diesen Überlegungen wird unterstellt, dass die Entwicklung in benachbarten Kommunen einen positiveren Verlauf nimmt.

Verwaltungsseitig wird es daher für notwendig angesehen, den bisherigen Ansatz von 50 000 € um mindestens zusätzliche 50 000 € aufzustocken. Der Betrag könnte der aus Mitteln der Schulpauschale gebildeten Rücklage entnommen werden, für die dann noch 89 257 € verblieben. Der zu TOP 4 (**Drucksache Nr. 0020/02**) zu fassende Beschluss müsste dieses Vorgehen entsprechend berücksichtigen. Bezüglich der Verwendung der Schulpauschale ist für die Gemeinde von Vorteil, dass mittel- und auch langfristig keine Schulneubauten errichtet werden müssen. Die Mittelverwendung konzentriert sich somit im Wesentlichen auf die Finanzierung der bisher aufgenommenen Kredite und die bauliche Unterhaltung der Schulgebäude. Andere Kommunen in dieser Situation haben sich z.T. dazu entschieden, keine oder nur unwesentliche Rücklagen zu bilden, um akute Maßnahmen an den Schulen zu finanzieren. Unter diesem Gesichtspunkt bestünde ein Handlungsspielraum, sich für die neuen Medien noch stärker zu engagieren.

Die Umsetzung des im Medienentwicklungsplan dargestellten Konzepts wird nicht ohne vertieftere Betrachtung einzelner, insbesondere dv-technischer Komponenten vorgenommen werden können. Dies muss unter Beteiligung kompetenter Fachberatung und mit dem

Ziel der Kostenreduzierung geschehen. Auch die abschließende Beantwortung der wichtigen Frage, wer und in welchem Umfang den Support leistet, muss getroffen werden.

Deutlich werden muss auch, dass das Ziel nicht nur durch ein erhebliches und nachhaltiges Engagement des Schulträgers erreicht wird. In vergleichbarem Maße sind die Schulleitungen und die Lehrerkollegien gefordert, sich der neuen Herausforderung zu stellen. In keinem Fall darf eine Entwicklung eintreten, die dazu führt, dass die Schulen über eine relativ gute Ausstattung mit neuen Medien verfügen, diese Ausstattung aber durch das Lehrpersonal nicht in dem notwendigen Umfang eingesetzt und betreut werden kann.

Die vielschichtigen technischen und finanziellen Anforderungen an die Medienentwicklungsplanung lassen es nicht zu, den vorgelegten Medienentwicklungsplan als ein umfassendes und abschließend verbindliches Arbeitskonzept anzusehen, nach dem in klar definierten jährlichen Arbeitsschritten vorgegangen werden muss. Es handelt sich um eine Bestands- und Konzeptionsanalyse, die den Rahmen für das weitere Vorgehen setzen soll. Die detaillierte Ausgestaltung erfordert weitere Planungen. Hierbei muss flexibel gehandelt werden können. Die notwendige politische Entscheidung sollte daher, soweit sich keine Einwendungen ergeben, wie folgt getroffen werden:

- Der vorgelegte Medienentwicklungsplan wird als Rahmenkonzept beschlossen.
- Für die Umsetzung des Konzepts wird aus der Schulpauschale des Landes mittelfristig ein jährlicher Betrag von 100 000 € zur Verfügung gestellt.

Anmerkung:

Aus der Beratung kann sich ein anderer Betrag ergeben.

Beschlussvorschlag:

- Der vorgelegte Medienentwicklungsplan wird als Rahmenkonzept beschlossen.
- Für die Umsetzung des Konzepts wird aus der Schulpauschale des Landes mittelfristig ein jährlicher Betrag von 100 000 € zur Verfügung gestellt.

Anmerkung:

Aus der Beratung kann sich ein anderer Betrag ergeben.

In Vertretung